

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbm d

## Inhalt

40. Jahrgang / 219

15. November 1985

### 30 Jahre Bundeswehr heißt auch 25 Jahre Zivildienst

Renate Schmidt MdB erinnert daran, daß auch die Zivildienstleistenden gefeiert werden sollten.

Seite 1

Helmut Rohde MdB wirft der Bundesregierung vor, in ignoranter Weise mit der Arbeitslosigkeit umzugehen.

Seite 3

Dokumentation  
Karsten D. Voigt MdB beschreibt, welche Positionen die Grünen in der Sicherheitspolitik annehmen müssen, damit sie auf Bundesebene Respekt erwerben können.

Seite 5

Wir haben den Zivildienstleistenden für Standhaftigkeit und gute Dienste zu danken

Von Renate Schmidt MdB

Die „Parade“ wäre vielleicht nicht so formvollendet gewesen, der große Zapfenstreich hätte genauso gefehlt wie Uniformen. Dafür hatten Pullover, viele selbstgestrickt und bunt, Jeans und sehr unterschiedliche Haartrachten überwogen. Beinahe hätte man denken können: wieder eine Demo - wenn nicht die vielen Behindertenfahrzeuge, die Rotkreuzautos, die Rollstühle gewesen wären.

So etwa hätte sie aussehen können, die „Parade“ der Zivildienstleistenden. Die Bundesjugendministerin hätte sie abgenommen, in den Zeitungen wären die Lebensgeschichte und die Beweggründe des ersten Zivildienstleistenden Ernst Landes, geboren 1937, tätig beim Christlichen Friedensdienst in Kaiserslautern, geschildert worden. Wir hätten Ihnen allen gedankt, den rund 300.000 Zivildienstleistenden seit 1981, wenn - ja wenn sie wirklich gegenüber den Soldaten gleichberechtigt wären.

Wir haben zu danken für den Mut, die Standhaftigkeit und die Bereitschaft sich dem Unmöglichen zu stellen, einer Gewissenprüfung von Menschen durch Menschen.

Wir haben zu danken für das Inkaufnehmen der längeren Zivildienstzeit - gegen die Intention des Grundgesetzes - in einem Lebensabschnitt, in dem jede Woche wichtig ist.

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
www.sdp.de  
Kreuzdruckerei



Wir haben zu danken für den harten Dienst mit Schwerstbehinderten, mit hilflosen alten Menschen. Für Putzen, Bettenmachen, Kochen, das Waschen von Behinderten und Alten und auch das Leeren von Nachtöpfen.

Wir haben zu danken für Zuwendung an Menschen, die viel zu wenig Zuwendung von der Gesellschaft erfahren.

Wir haben zu danken für Dienste in Krankenhäusern, Altenheimen, Behindertenwerkstätten. Nicht wenige Sozialeinrichtungen könnten ihre Pforten schließen, viele Wohlfahrtsverbände müßten ihre Aktivitäten auf ein Minimum reduzieren, wenn es Zivildienstleistende nicht gäbe.

Jedoch wir dürfen bei dem verbalen Dank nicht stehenbleiben:

- Wir müssen die Ungerechtigkeit einer abermaligen Verlängerung des Zivildienstes zu verhindern suchen.
- Der Personalbedarf der Bundeswehr hat nicht Vorrang vor der Wahrnehmung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung. Die Beschlüsse des CDU-Präsidiums, junge Männer die zehn Jahre Dienst im Katastrophenschutz oder als Rettungssanitäter leisten nicht mehr vom Wehrdienst zu befreien, dürfen nicht Wirklichkeit werden.
- Die noch vorhandenen Gewissensprüfungen müssen abgeschafft werden.
- Die Unzulänglichkeiten beim Einziehen und in den Arbeitsbedingungen der Zivildienstleistenden müssen beseitigt werden.
- Nicht zuletzt müssen Bestrebungen der CSU, die Schulzeit zu Gunsten des verlängerten Wehrdienstes zu verkürzen, verhindert werden.

Nicht die „lästige“, sondern die gleichberechtigte und von der Gesellschaft längst anerkannte Alternative ist unser Ziel

(-/15.11.1985/va/ks)

+ + +



Keine neue Erkenntnis?

## Die Regierung und die Arbeitslosigkeit

Von Helmut Rohde MdB

Welche Rolle wird der Bundestag im Blick auf die sich verhärtende Arbeitslosigkeit spielen? Werden agitatorische Reden oder wird konkrete Politik seine Debatten beherrschen? Wird das Parlament die Regierung drängen, ihm und damit der deutschen Öffentlichkeit die Wahrheit zu dokumentieren, Art, Umfang und Folgen dieses Einbruchs in die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bürger darzulegen?

Eigentlich sollte man diese Fragen gar nicht mehr stellen, nachdem sie von der Regierungskoalition in den Bundestags-Ausschüssen überrollt worden sind. In Bonn werden zwar ganze Legionen von Regierungs- und Sachverständigenberichten über Wirtschaft, Bundeswehr, Landwirtschaft, Verkehrspolitik und viele andere Bereiche vorgelegt; aber die Regierung weigert sich, auch nur eine einzige zusammenhängende Jahresdokumentation über den Charakter der Arbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen zu unterbreiten. Die Regierung entzieht sich damit dem, was die Menschen - vor allem die Jugendlichen - am meisten bedrückt: der Zukunft der Arbeit mit den damit verbundenen Sorgen und Ängsten. Bereits im Oktober 1984, als zum ersten Mal der sozialdemokratische Antrag auf gründliche parlamentarische Behandlung der Arbeitslosigkeit im zuständigen Ausschuß erörtert wurde, erklärten die Regierungsvertreter: „Neue Erkenntnisse sind nicht zu erwarten.“ Das haben sie ein Jahr lang wiederholt. Nicht die Erkenntnisfähigkeit der Regierung, aber die sozialen Erfahrungen der Menschen haben sich inzwischen geändert:

1. Während die Regierung monatelang ihre beschäftigungspolitischen Versprechungen mit dem Hinweis auf „mehr wirtschaftliches Wachstum“ begründete, nahm in der ganzen politischen Öffentlichkeit die Kritik an den leichtfüßigen Regierungsprognosen zu. Das öffentliche Interesse richtete sich auf die Ursachen der neuen Arbeitslosigkeit, vor allem auf die wachsende Kluft zwischen Konjunktur und Beschäftigung: Darin zeige sich ein sozial-ökonomischer Strukturwandel. Die Politik habe sich damit auseinanderzusetzen, anstatt mit globalen Zahlen und Versprechungen zu jonglieren. Die tatsächlichen Probleme und Verwerfungen müßten aufgegriffen werden.
2. Während die Bundesregierung laufend erklärte, die Jugendarbeitslosigkeit gehe zurück, tat sich eine weitere Kluft, und zwar im Übergang von der Ausbildung in die Arbeit auf. Immer mehr junge Menschen finden nach der Ausbildung keine Arbeit mehr. Die 20- bis 25jährigen wurden zur Altersgruppe mit höchster Arbeitslosigkeit, gefolgt von den 25- bis 30jährigen. Lebensübergänge werden für immer mehr Menschen zu sozialen Bruchstellen. In der Öffentlichkeit, vor allem von der jungen Generation wird gefragt, wie Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft und Verwaltung auf die neuen Erfahrungen reagieren werden. Die Betroffenen wollen weder sozial ausgegliedert noch auf ein Abstellgleis geschoben werden.
3. Vorwurfsvoll sagt die Koalition, die Menschen müßten flexibler sein. Nun haben aber inzwischen Regierungsressorts zugeben müssen, daß vor allem die sozialen Wanderungsbewegungen, darunter die Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Gebieten, ein Ausmaß erreicht haben, das als „ernste Gefährdung“ für das regionale und soziale Gleichgewicht der Bundesrepublik anzusehen sei. Mangel an Flexibilität wurde auf anderem Felde ausgemacht: die betriebliche Ansiedlungsmobilität verkümmert, regionale Konzentration wächst.
4. Zudem hat dieser Tage der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt dargelegt, daß die durch Prämien angereizte Rückkehrerquote ausländischer Arbeitnehmer zurückgehe, dagegen die Zuwanderung wieder zunehme. Auf die Frage, wie er in diesem Zusammenhang die Auswirkungen des Assoziierungsvertrages mit der Türkei und der EG-Erweiterung einschätze, verwies er auf die Zuständigkeit der Bundesregierung. Jedenfalls läßt sich absehen, daß unter dem Druck der Arbeitslosigkeit die Wanderungsbewegungen im eigenen Lande und in der EG zunehmen werden.



5. Während Konservative und Liberale ständig die Arbeitslosen-Statistik anschwärzen, sagte der Präsident der Nürnberger Anstalt kürzlich, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit noch höher sei als die amtlichen Ziffern. Das hänge mit der sogenannten „Dunkelziffer oder stillen Reserve“ zusammen. Allein für die 20- bis 25jährigen wurde von der Arbeitsmarktforschung eine Dunkelziffer von rund 300.000 vermutet. Irritierend geht die Regierung auch mit der Beschäftigten-Statistik um.
6. Die Regierung fordert mehr Qualifizierung. Und sicher ist diese ein wichtiger Sachverhalt im Blick auf die Arbeitsplätze von morgen. In den Ausschußberatungen wurde dabei aber verdrängt, daß heute eine hohe Zahl bereits ausgebildeter junger Menschen nach ihrem Bildungsabschluß keinen Arbeitsplatz findet und damit auch keine Chance zur praktischen Weiterqualifikation im Beruf hat. Erreichte Qualifikationen werden dadurch wieder in Mitleidenschaft gezogen.

Die gravierenden Fragen der neuen Arbeitslosigkeit und damit die neuen Herausforderungen an die Politik ließen sich fortsetzen: Da sind die Erfahrungen mit neuen Technologien und ihren Auswirkungen auf die Beschäftigungslage. Bedrückend wurden auch die regionalen Verwerfungen des Arbeitsmarktes. Vor allem sind es die materiellen und menschlichen Folgen wachsender Dauerarbeitslosigkeit, die zum herausstechenden sozialen Merkmal der 80er Jahre geworden sind.

In all diesen Fragen geht es sowohl um die Dokumentation der Wahrheit als auch um die Antworten der Politik und damit um die Verantwortung des Bundestages. Das heißt: ob im Parlament diese sozialen Fragen der Bevölkerung aufgegriffen, konkret und grundlegend behandelt werden, ob dazu Sachverständige und die gesellschaftlichen Gruppen gehören, Dokumentationen der Regierung vorgelegt und mit der sozialen Wirklichkeit und den gesellschaftlichen Erfahrungen verglichen werden. Die Koalition will das nicht und schon gar nicht, daß aus einem solchen Prozeß parlamentarischer Arbeit neue Aufträge und Anforderungen an die Regierung erwachsen. Sie entzieht sich parlamentarischer Anforderung.

In den gesellschaftspolitischen Debatten empfindet man, wie sich der Charakter Bonner Politik verändert. In den hinter uns liegenden Jahrzehnten gab es eine andere Beziehung zu sozialen Prozessen und Aufgaben. Unwillkürlich fragt man sich, ob dies heute der Sonnenschein eines neuen Technologie-Kapitalismus ist. Wenn das so ist, dann läßt sich eines mit Sicherheit sagen, dies ist ein Schein von großer Kälte und ein Glanz, der blendet.

Nach solchen Ausschußberatungen sollte man die Sozial-Enzyklika über die Zukunft der Arbeit zur Hand nehmen, um gewahr zu werden, daß es neben anmaßender Selbstgerechtigkeit von Regierenden und Etablierten auch eine andere soziale Ethik und eine andere politische Moral gibt.

(-/15.11.1985/va/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Wie haltet Ihr es mit dem Verteidigungsetat?

Der Obmann der Sozialdemokraten im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Karsten D. Voigt, hat dem Grünen-Abgeordneten Torsten Lange auf dessen offenen Brief vom 31. Oktober geantwortet. Voigts Antwort, die die Schlüsselfragen für eine Verbindung zu den Grünen auf dem Gebiet der Sicherheits-Politik auflistet, im Wortlaut:

Die SPD hat bereits auf Ihrem Berliner Parteitag im Jahre 1979 frühzeitige Verhandlungen über Welt-raumwaffen mit dem Ziel der Ächtung dieser Waffen gefordert, lange bevor dies von einer der beiden nuklearen Weltmächte oder auch durch die „Grünen“ in die Diskussion gebracht wurde.

Die SPD lehnt die Einführung von strategischen Verteidigungssystemen in Ost und West klar und eindeutig ab. Aber im Unterschied zu den „Grünen“ befürwortet sie das Eureka-Projekt.

Die Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft sind in dieser Frage einig. Sie ist in einer gemeinsamen Stellungnahme des Büros des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG vom 2. November 1985, die ich diesem Brief beifüge, festgelegt worden. Als Vertreter des SPD-Parteivorstandes im Büro des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG habe ich diese Erklärung mit erarbeitet.

Im Unterschied zu den „Grünen“ sind Sozialdemokraten in allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen NATO-Staaten in Parlamenten und zum Teil auch in Regierungen vertreten. Dies gibt ihnen in diesen Gremien, einschließlich der Nordatlantischen Versammlung unvergleichbar größere Einflußchancen als den „Grünen“, verpflichtet sie aber auch zu einer parlamentarischen Politik, die sich nicht auf den Ausdruck des Protests beschränken darf.

Die Sozialdemokraten haben ihre Ablehnung von strategischen Verteidigungssystemen - wie Du es richtig in Deinem Offenen Brief auch erwähnst - auf der Nordatlantischen Versammlung durch Änderungsanträge verdeutlicht. Ich selber konnte bei der Schlußabstimmung nicht mehr anwesend sein, aber Norbert Gansel hat das Abstimmungsverhalten der SPD-Mitglieder in der Schlußabstimmung überzeugend begründet. Sollte Deine Besorgnis über die Enthaltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Schlußabstimmung in dieser Versammlung der NATO-Parlamentarier echt sein, so ist sie unbegründet.



Begründet aber bleiben unsere Sorgen wegen der Außen- und Sicherheitspolitik der „Grünen“. Es bleibt auch unsere Kritik an der Ablehnung des Eureka-Projektes durch die „Grünen“.

Als Mitglied der Nordatlantischen Versammlung weißt Du genauso gut wie ich, daß eine Bundesregierung, die für den Austritt aus der NATO einträte, sich in Westeuropa politisch isolieren und außenpolitisch weitgehend handlungsunfähig werden würde. Warum trittst Du weiterhin öffentlich für den Austritt aus der NATO ein, obwohl Du selber am besten wissen müßtest, daß die Zustimmung der „Grünen“ zur Mitgliedschaft in der NATO Vorbedingung für jede Regierungs- und Koalitionsfähigkeit der „Grünen“ auf Bundesebene ist?

Dringend klärungsbedürftig ist auch die Haltung der „Grünen“ zum Verteidigungshaushalt. Ohne Zustimmung zu einem Verteidigungshaushalt sind die „Grünen“ - wie Du und andere Abgeordnete der „Grünen“ am besten wissen - auf Bundesebene weder koalitions- noch regierungsfähig. Auch in Hessen wäre ohne Zustimmung der „Grünen“ zu den Haushaltstiteln aller Ministerien die dortige Kooperation nicht möglich geworden.

Die Zustimmung zum Verteidigungshaushalt aber läßt sich gegenüber der Öffentlichkeit und auch gegenüber der grünen Basis auf Dauer nicht nur taktisch begründen. Die „Grünen“ aber besitzen bisher kein sicherheits- und abrüstungspolitisches Konzept, in dem auch militärische Verteidigungsfähigkeit einen legitimen Platz einnimmt. Diese Lücke läßt sich dauerhaft nicht mit Taktik überbrücken. Solange die „Grünen“ diese konzeptionelle Lücke nicht ausfüllen, verdammen sie sich auf Bundesebene faktisch zur Regierungs- und Koalitionsunfähigkeit.

Diejenigen innerhalb der „Grünen“, die - wie Du - daran interessiert sind, die „Grünen“ auch auf Bundesebene koalitions- und regierungsfähig zu machen, müßten meiner Meinung nach auch den Mut finden, die sich hieraus ergebenden politischen Konsequenzen gegenüber der grünen Basis offen und öffentlich zu vertreten.

(-/15.11.1985/va/ks)

+ + +

